

Nicolas Sarkozy: Aufbruch im Elysée-Palast

© Akademie für Welthandel, April 2007

Auf dem neuen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy ruhen große Hoffnungen. Der konservative Nachfolger des 12 Jahre amtierenden Jacques Chirac soll der „Grande Nation“ nicht zuletzt in der Wirtschaftspolitik neue Impulse geben. Denn in Zeiten fortschreitender Globalisierung und einer immer stärker integrierten EU werden auch im selbstbewussten Frankreich die Spielräume für nationale Sonderwege immer geringer. Angesichts anstehender großer Projekte wie EU-Verfassungsreform, Klimapolitik und Doha-Runde wäre auch ein größeres internationales Engagement Frankreichs mehr als hilfreich. Voll handlungsfähig wird die neue Sarkozy-Administration aber erst nach den Parlamentswahlen Mitte Juni.

Am 16. Mai hat der neue französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy sein Amt angetreten. Nachdem Francois Mitterand (1981-1995) und Jacques Chirac (1995-2007) mit jeweils zwei Amtszeiten das machtvolle Amt im letzten Vierteljahrhundert ausübten, wird in den nächsten 5 Jahren nun ein neues und deutlich jüngeres Gesicht Paris auf der weltpolitischen Bühne repräsentieren. In den 52jährigen ehemaligen Innen- und Wirtschaftsminister werden hohe Erwartungen gesetzt – sowohl im Inland als auch in der EU und der internationalen Politik. Der direkt vom Volk gewählte Staatspräsident nimmt in der französischen Verfassung nämlich eine starke Stellung ein. Er kann den Premierminister ernennen und entlassen, die Nationalversammlung auflösen und trifft die zentralen Entscheidungen in der Außen- und Verteidigungspolitik. Neuer Premierminister wird der Ex-Sozialminister und Sarkozy-Wahlkampfleiter Francois Fillon. Das auf 15 Minister verkleinerte „Kabinett der Öffnung“ besteht zur Hälfte aus Frauen, ihm gehört auch ein Sozialist an.

In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 22. April hatten sich mit dem Konservativen Nicolas Sarkozy und der Sozialistin Ségolène Royal die beiden favorisierten Kandidaten durchgesetzt (vgl. Tab. 1). Zweistellige Ergebnisse erreichten auch der Zentrist Francois Bayrou und der rechtsextreme Dauerkandidat Jean-Marie

Le Pen, sie landeten aber deutlich abgeschlagen auf den Plätzen drei und vier. In der spannenden Stichwahl am 6. Mai siegte dann Monsieur Sarkozy klarer als erwartet mit 53% der Stimmen über Madame Royal.

Tabelle 1: Ergebnis der französischen Präsidentschaftswahlen 2007 (in %)

	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Sarkozy	31,2	53,1
Royal	25,9	46,9
Bayrou	18,6	-
Le Pen	10,4	-
Wahlbeteiligung	83,8	84,0

Quelle: Französisches Innenministerium

Handlungsbedarf auf vielen Feldern

Die hohe Wahlbeteiligung von 85 Prozent im ersten Wahlgang zeigt das große Interesse der Bevölkerung an einem neuen Aufbruch im Elysée-Palast. Auch bei einem kritischen Blick von außen scheint auch die „Grande Nation“ mit ihren 63 Mio. Einwohnern etwas in die Jahre gekommen zu sein. Gemäß neuesten IWF-Statistiken ist Frankreich knapp hinter Großbritannien nur noch die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt. Das BIP-Wachstum lag seit 1999 dank der robusten Binnenkonjunktur im Schnitt zwar bei 2 Prozent und damit auf Höhe des EWU-Durchschnitts. 2006 hat Frankreich aber etwas an Boden verloren und auch die Prognosen für 2007/2008 zeigen, dass es vom aktuellen Aufschwung in Europa wiederum nur unterdurchschnittlich profitieren kann. In Paris hatte man sich (zu) lange darauf ausgeruht, dass das langjährige Vorbild Deutschland beim BIP-Wachstum von 1995 bis 2005 übertroffen wurde.

Auffällig ist, dass die heimische Wirtschaft seit der Euro-Einführung deutlich an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hat, weshalb man schon von einer strukturellen Exportschwäche der französischen Wirtschaft spricht. Frankreich belegt zwar immer noch Platz 5 in der Weltrangliste der Warenexporteure für 2006, gleichwohl wuchsen seine Ausfuhren in den letzten Jahren deutlich langsamer als der Welthandel insgesamt. Die nicht ausgeschöpften Wachstumspotentiale rächen sich auch auf dem Arbeits-

markt: Innerhalb der Eurozone weist Frankreich weiter die höchste Arbeitslosenquote auf, laut Eurostat lag sie im Jahresmittel 2006 mit 9,4 % um ein Fünftel über dem EWU-Durchschnitt.

Vor diesem Hintergrund hat Frankreich noch viele wichtige wirtschaftspolitische Hausaufgaben zu erledigen. Dazu zählen eine Reduzierung der Kostenbelastung für den Unternehmenssektor, Forderungen nach einem flexibleren Arbeitsmarkt sowie ein Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits. Die EU-Kommission beklagt ferner die unzureichende Umsetzung der EU-Binnenmarktrichtlinien. So hemmt der Schutz vor unerwünschten ausländischen Wettbewerbern immer noch wichtige Liberalisierungen wie auf dem Energiemarkt oder bei der Marktöffnung für Postdienstleistungen (Stichwort: Briefmonopol).

Auch der Bevölkerung wird immer mehr bewusst, dass in Zeiten fortschreitender Globalisierung und einer immer stärker integrierten EU auch im selbstbewussten Frankreich die Spielräume für nationale Sonderwege gerade in der Wirtschaftspolitik immer geringer werden. Reformen werden zwar prinzipiell befürwortet, sollen aber nicht allzu weh tun. Präsident Chirac hat in seiner zweiten Amtszeit trotz der Zwei-Drittel-Mehrheit seiner Koalition in der Nationalversammlung mehr als Verwalter und Bewahrer denn als mutiger Gestalter agiert. Wie stehen nun die Chancen, dass das neue Staatsoberhaupt dem Land die dringend benötigten frischen Impulse geben kann?

Grundzüge aus Sarkozy's Wahlprogramm

Sarkozys Wahlmanifest adressiert viele der genannten Probleme. In der Arbeitsmarktpolitik rüttelt er an der 35-Stunden-Woche, scheut aber ihre Abschaffung. Stattdessen setzt er auf finanzielle Anreize zur Verlängerung der Arbeitszeit, vor allem durch die Steuer- und Sozialabgabenfreiheit von Überstunden. Zur Förderung der Arbeitsaufnahme will er das Arbeitslosengeld kürzen, wenn Stellenangebote abgelehnt werden. Um die hohen Staatsausgaben zu reduzieren, soll im öffentlichen Dienst nur die Hälfte der Ausscheidenden ersetzt werden, und mittelfristig sollen die Pensionen schrittweise an das niedrigere Niveau der Privatwirtschaft angepasst werden. Weiter strebt Sarkozy eine Ausgabenpolitik nach britischem Vorbild an, bei dem

sich der Staat über einen Konjunkturzyklus gesehen nur in Höhe der Investitionen verschulden darf. Durch Steuersenkungen soll der Staatseinfluss auf die Wirtschaft etwas verringert werden: 95 Prozent der Bevölkerung sollen von der Erbschaftsteuer verschont und die direkte Steuerbelastung auf 50 Prozent des Einkommens begrenzt werden.

Den eher liberalen Ansätzen in der Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik steht mehr Dirigismus in der Industriepolitik gegenüber. Dazu zählen eine Besteuerung von Hedge-Fonds, eine höhere Körperschaftsteuer für Unternehmen mit „übermäßigen Gewinnen“, steuerliche Vorteile für EU-Güter und eine protektionistischere Handelspolitik. Schon als Wirtschaftsminister betrieb Sarkozy eine klassische französische Industriepolitik, die einheimische Großunternehmen retten und nationale Champions bilden wollte.

Vom Wahlkämpfer zum Staatsmann

Insgesamt hat Sarkozy im Wahlkampf stark polarisiert und mit Forderungen nach zum Beispiel einem Einwanderungsstopp auch im rechten Wählerreservoir des Kandidaten Le Pen gewildert. Daher gibt es in vielen Vorstädten eine starke Anti-Sarkozy-Front. Er muss jetzt auf einen staatsmännischen Habitus wechseln, damit die Bevölkerung seine Hoffnung „auf einen neuen französischen Traum“ unterstützt.

Aus ökonomischer Sicht hat Sarkozy trotz vieler dirigistischer Elemente zweifellos das konsistentere Wirtschaftsprogramm. Dafür drohen bei seiner Umsetzung größere Konflikte und Reibungsverluste. Royals Programm war dagegen weniger reformambitioniert und viele Ausgabeversprechen wären mangels finanzpolitischer Spielräume nie Realität geworden. Das intensive Werben um die Wähler der Mitte in den beiden Wochen vor der Stichwahl sollte dem späteren Sieger aber den Schwenk zu einer pragmatischeren Politik mit mehr marktwirtschaftlichen Ansätzen als im ursprünglichen Wahlprogramm erleichtern. Alles in allem sollte man trotzdem keine allzu großen Hoffnungen auf ein schnelles französisches Reformwunder hegen.

Warten auf die Parlamentswahlen im Juni

Es sei nämlich daran erinnert, dass nach dem Staatspräsidenten am. 10. und 17. Juni auch noch die Nationalversammlung neu gewählt wird. Hier spricht einiges dafür, dass die Republik den neuen Amtsinhaber dann mit einer passenden Mitte-Rechts-Mehrheit im Parlament ausstatten wird. Im trotzdem denkbaren Fall einer „Kohabitation“ mit einer Mitte-Links-Mehrheit würden dem erhofften Aufbruch dagegen gleich von Anfang an zusätzliche Steine in den Weg gelegt. Aus internationaler Sicht ist vor allem wichtig, dass die Handlungsfähigkeit der Pariser Politik nach dem langen Wahlkampf bald wieder hergestellt wird. Frankreich hat trotz allem Unbehagen über Unbeweglichkeit und Reformstau immer noch eine bedeutende Rolle in Europa und der Welt zu spielen. Gerade für die anstehenden großen Projekte wie EU-Verfassungsreform, Klimapolitik und Doha-Runde wäre ein größeres internationales Engagement Frankreichs mehr als hilfreich.

Aktivere EU-Politik Frankreichs?

Denn gerade die Europapolitik war lange Zeit eines der Lieblingsfelder des Elysée-Palastes. Derzeit steht Frankreich durch die EU-Ratspräsidentschaft und den parallelen G8-Vorsitz Deutschlands natürlich etwas im Schatten seines östlichen Nachbarn. So geriet es bei den offiziellen Feiern zum 50. Geburtstag der Römischen Verträge in Rom und Berlin fast in Vergessenheit, dass Frankreich nicht nur zu den Gründungsmitgliedern der EU gehört, sondern schon mit der Montanunion und dem Schumann-Plan eigentlich der Hauptinitiator der europäischen Einigung war. Ergänzend sei noch an das ehrgeizige Binnenmarktprojekt erinnert, das die Handschrift des langjährigen EU-Kommissars Jacques Delors trägt. Europapolitisch ist die „Grande Nation“ eigentlich schon seit dem Frühjahr 2005 geschwächt, als die Franzosen – neben den Niederländern – in einer Volksabstimmung den Entwurf für eine EU-Verfassung ablehnten. So soll jetzt die deutsche Präsidentschaft die Kastanien aus dem Feuer holen und möglichst bis zum EU-Gipfel im Juni einen konkreten Fahrplan zum weiteren Vorgehen in der Verfassungsfrage vorlegen. Wenn es allen 27 EU-Ländern wirklich ernst mit einem Abschluss bis zu den nächsten Europawahlen im Mai 2009 wäre, dann könnte Paris mit viel Glück sogar diese Lorbeeren während seiner EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2008 ernten.

Auf der internationalen Bühne hat Frankreich seinen großen Einfluss stärker behaupten können und ist in bewährter Weise in zahlreichen wichtigen Führungspositionen vertreten: Während Jean Lemierre seit dem Sommer 2000 die „Osteuropabank“ EBRD in London nach seinem umstrittenen Vorgänger Attali eher geräuschlos führt, leitet der ehemalige EU-Handelskommissar Pascal Lamy seit September 2005 die Genfer Welthandelsorganisation WTO. Von einem erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde ist man aber noch weit entfernt, wobei sich Lamy's Heimatland gerade bei der Liberalisierung des Agrarsektors zusammen mit den USA als Bremser erweist. Last but not least steht Jean-Claude Trichet seit November 2003 an der Spitze der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main. Diese hat mit ihrer umsichtigen Geldpolitik seit der reibungslosen Euro-Einführung und der EWU-Erweiterung auf nunmehr 13 Länder weiter an Reputation gewonnen. Zudem attestieren nicht nur die hiesigen „ECB-watcher“ Trichet und dem EZB-Rat insgesamt eine transparente und konsistentere Kommunikationspolitik mit den Finanzmärkten als zu Zeiten seines Vorgängers.